

Zu teuer für ärmere Haushalte? Darum können wir uns ein Gas-Embargo leisten

Welt, 06.03.2022, Lars Handrich

https://www.welt.de/wirtschaft/plus237350239/Habeck-und-der-soziale-Frieden-Wir-koennen-uns-ein-Gas-Embargo-leisten.html?sc_src=email_1855641&sc_lid=180827048&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=1037&sc_cid=1855641&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Ein Stopp russischer Gasimporte würde ärmere Haushalte treffen, sagt Wirtschaftsminister Habeck – und lässt die Pipelines weiter offen. Doch die finanzielle Belastung der sozial Schwachen könnte der Staat leicht abfedern. Denn er profitiert vom Embargo finanziell an anderer Stelle.

Seit Russland gegen die Ukraine Krieg führt, werden Sanktionen auch gegen russische Energieexporte gefordert. Doch bisher sind diese Sanktionen nicht zustande gekommen, unter anderem auf Betreiben der Bundesregierung. Deutschland ist stärker von russischen Gaslieferungen abhängig als andere Staaten der Europäischen Union (EU).

Um die Lieferungen weiterhin reibungslos zu ermöglichen, wurden deshalb wichtige russische Banken von den Swift-Sanktionen ausgenommen, beispielsweise die Gazprom Bank. Das unterläuft jedoch die bereits verhängten Sanktionen, da Russland auch weiterhin über Devisen verfügen kann. Immerhin wurden allein in der ersten Kriegswoche rund 3,5 Milliarden Euro von europäischen Gaskunden nach Moskau überwiesen.

Seit Kriegsbeginn sind die russischen Exportvolumen nach Europa sogar noch deutlich angestiegen. Während die Lieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 konstant auf hohem Niveau geblieben sind, hat sich die Gastransitmenge über die Gasleitung durch die Ukraine mehr als verdreifacht, und die Lieferungen über Belarus und Polen haben sich verdoppelt – während andere russische Gasexportleitungen (Turkstream zum Beispiel) nicht mehr befüllt wurden.

Mit den Preisen steigen Russlands Erlöse

Russland nutzt die Verunsicherung am europäischen Markt und die verschiedenen Transportrouten strategisch geschickt aus: Die zuletzt nicht ausreichend gefüllten Gasspeicher werden zu Höchstpreisen beliefert, bei gleichzeitig weiter steigenden Preisen und damit höheren Erlösen.

Die russischen Gaslieferungen beliefen sich im Jahr 2021 auf 50,6 Milliarden Kubikmeter und deckten in den Vorjahren rund die Hälfte des deutschen Gasbedarfs. Der durchschnittliche Gaspreis im Jahr 2021 lag bei 47 Euro pro Megawattstunde. Vor Kriegsbeginn waren es am Übergabepunkt der Central European Gas Hub (VTP) 73 Euro pro Megawattstunde – und am 3. März hatte der Gaspreis 177 Euro pro Megawattstunde erreicht.

Für Russland sind fossile Energieexporte die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Die höchsten Einnahmen erzielt Russland mit dem Export von Erdöl, gefolgt von Erdgas und Kohle. Was aber wären die Folgen eines Swift-Cuts auch für Banken, die Rohstofftransaktionen abwickeln, beziehungsweise eines Gas-Lieferstopps aus Russland?

Kraftwerke können Stromerzeugung übernehmen

In technischer Hinsicht ergeben sich zunächst wenig Probleme. Während Embargos gegen Erdöl relativ leicht umgangen werden können, lassen sich pipelinegebundene Gasexporte leichter sanktionieren, da erschlossene Gasfelder nicht einfach stillgelegt werden können und eine Umlenkung der Gaslieferungen in andere Lieferkanäle und Regionen kurzfristig kaum möglich ist. Technisch steht dem also wenig entgegen.

In Deutschland wird rund ein Viertel des Gasverbrauchs für die Stromerzeugung verwendet, 28 Prozent entfallen auf die Industrie und rund 44 Prozent werden in Gebäuden, Dienstleistungen und in der Landwirtschaft benötigt.

Zumindest die Stromerzeugung kann vorübergehend durch bestehende Kraftwerke übernommen werden, Importe von LNG und Energiesparmaßnahmen können den Importbedarf aus Russland mittel- und langfristig weiter senken. Noch vor Ausbruch des Krieges erklärte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Deutschland für gewappnet im Falle eines russischen Gas-Lieferstopps.

Zuletzt jedoch hat Habeck ein europäisches Embargo explizit ausgeschlossen – und zwar mit Verweis auf die soziale Stabilität in Deutschland. Mit einem Lieferstopp wäre der „soziale Frieden“ in Deutschland gefährdet, so der Minister, und weiter: „Ich würde mich nicht für ein Embargo auf russische Importe von fossilen Energien einsetzen. Ich würde mich sogar dagegen aussprechen.“

Hilfreicher Steuereffekt

Der Hinweis auf die soziale Stabilität verwundert. Bei genauerem Hinsehen lässt er sich leicht entkräften. Die einkommensschwächsten zehn Prozent der deutschen Haushalte gaben in den letzten Jahren im Durchschnitt rund sechs Prozent des verfügbaren Einkommens beziehungsweise 52 Euro pro Monat für Heizkosten aus.

Angenommen, ein Embargo gegen russische Gaslieferungen ließe die Preise auf das Doppelte ansteigen, und die Haushalte müssten entsprechend mehr zahlen – dann würde für die Entlastung der rund vier Millionen einkommensschwachen Haushalte ein Betrag von rund 200 Millionen Euro monatlich benötigt.

Das ist ein recht überschaubarer Betrag, verglichen mit den zusätzlichen Einnahmen des deutschen Fiskus bei der Mehrwertsteuer auf Gasimporte. Bei einem anhaltend hohen Preisniveau für Erdgas wie am 3. März ergeben sich auf das Jahr 2022 gesehen rechnerisch rund 15 Milliarden Euro zusätzlicher Einnahmen.

Die von Robert Habeck angeführte Sicherung des sozialen Friedens ließe sich also durch ohnehin vorhandene Steuer-Mehreinnahmen finanzieren. Das russische Gas würde auf mittlere Sicht durch andere Quellen ersetzt, und die Preise blieben zunächst hoch. Der Steuer-Effekt für den Bundeshaushalt würde also noch eine Weile bestehen bleiben. Die Auswirkungen hoher Energiekosten auf finanzkräftigere

Haushalte wären näher zu untersuchen, würden aber wohl nicht ernsthaft den „sozialen Frieden“ gefährden. Das zentrale Argument des Wirtschaftsministers wäre damit entkräftet.

Betrachtet man für Deutschland hingegen die Folgen der Fortsetzung des Krieges in der Ukraine und den Zustrom Geflüchteter aus dem Kriegsgebiet – es kommen fast ausschließlich Frauen und Kinder, die versorgt, beherbergt, und beschult werden müssen –, dann fällt ein Gasembargo bezüglich der sozialen Stabilität in Deutschland nicht wirklich ins Gewicht.

Vielmehr muss die Politik umfassende und drastische Sanktionen gegenüber Russland verhängen, um eine rasche Verhaltensänderung im Kreml zu bewirken. Dazu gehört das Embargo auf russische Gaslieferungen und die Ausweitung der Swift-Sanktionen ohne Ausnahmen.

Letztendlich werden auch die EU und Deutschland den zukünftigen Wiederaufbau in der Ukraine finanzieren müssen. Bereits jetzt sollte klar sein, dass die Bundesregierung zur Abfederung der Kriegsfolgen in der Ukraine eine neue finanzielle „Bazooka“ benötigt.